POLICY PAPER DES AUSSCHUSSES ROHSTOFFE IM BWA

Rohstoffsicherheit braucht mehr als Außenpolitik

Zur Neuausrichtung der deutschen Rohstoffaußenpolitik

Frank Tetzel · Berlin, November 2026

Hinweis zur Grundlage: *Die Bundesregierung veröffentlicht die neue Rohstoffaußenpolitik nicht; sie bleibt – wie der Aktionsplan Rohstoffe des Nationalen Sicherheitsrats – unveröffentlicht.[6] Dieses Papier stützt sich deshalb allein auf das, was öffentlich zugänglich ist: die gemeinsame Pressemitteilung von BMWE, AA und BMZ vom 11. November 2026,[1] die Kabinettsmeldung der Bundesregierung,[2] Veröffentlichungen zum Rohstofffonds sowie Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen.*

Zusammenfassung

Mit ihrer am 11. November 2026 im Kabinett vorgestellten Neuausrichtung erkennt die Bundesregierung an, was die Wirtschaft seit Jahren anmahnt: Die Versorgung mit kritischen Rohstoffen ist keine reine Unternehmensaufgabe mehr, sondern eine Frage staatlicher Vorsorge und außenpolitischer Handlungsfähigkeit. Dass Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungsministerium gemeinsam auftreten, Partnerschaften am Bedarf der Industrie ausrichten und im Ausland zentrale Anlaufstellen schaffen wollen, begrüßt der Ausschuss Rohstoffe im BWA ausdrücklich.

Zugleich greift die Neuausrichtung in drei Punkten zu kurz. **Erstens** ist sie eine Rohstoffaußenpolitik und keine Rohstoffstrategie: Heimische Förderung, Verarbeitung und Recycling werden zwar genannt, aber nicht mit Instrumenten, Zielen oder Budget unterlegt; die Bevorratung bleibt ganz ausgeklammert. **Zweitens** orientiert sich die Länderauswahl an der Verlässlichkeit der Partner, nicht an den stärksten einseitigen Abhängigkeiten der Industrie; China, der wichtigste Verarbeiter vieler kritischer Rohstoffe, kommt in der Neuausrichtung nicht vor. **Drittens** sind die Instrumente auf Großprojekte zugeschnitten und erreichen den Mittelstand kaum. Hinzu kommt, dass die Strategie unveröffentlicht bleibt und weder Ziele noch Budget oder Zeitplan erkennen lässt.

Dabei verfügt Deutschland über einen Trumpf, den die Neuausrichtung kaum ausspielt: eine tief verwurzelte Rohstoff- und Bergbaukompetenz in Forschung, Maschinenbau, Metallurgie, Recycling und Bergbaunachsorge. Gegenüber Partnerländern, die Wertschöpfung, Technologie und Ausbildung erwarten, ist dieses Know-how die stärkste Währung, die Deutschland einbringen kann.

Der Ausschuss empfiehlt der Bundesregierung, die Rohstoffaußenpolitik in eine öffentliche Gesamtstrategie mit messbaren Zielen einzubetten, die Partnerliste vom Bedarf her zu erweitern, ein Mittelstandsfenster in den Finanzierungsinstrumenten zu öffnen, die Weiterverarbeitung in den Mittelpunkt zu stellen und die Wirtschaft – einschließlich ihrer mittelständischen Verbände – in einem festen Beirat zu beteiligen. Die deutsche Rohstoff- und Bergbaukompetenz sollte in einer Initiative „Team Deutschland Rohstoffe“ gebündelt und als Angebot an Partnerländer eingesetzt werden.

1. Problemstellung: Rohstoffversorgung als Sicherheitsfrage

Deutschland ist bei metallischen und vielen industriell kritischen Rohstoffen nahezu vollständig auf Importe angewiesen. Lange galt das als beherrschbares Marktrisiko, das Unternehmen über Einkauf, Verträge und Lagerhaltung selbst steuern. Diese Annahme trägt nicht mehr. Der Krieg in der Ukraine, der Iran-Krieg mit der Blockade der Straße von Hormus[29] und Exportbeschränkungen einzelner Lieferländer – etwa bei Gallium, Germanium, Antimon und Seltenen Erden – haben gezeigt, dass Rohstoffe und Handelswege als politisches Druckmittel eingesetzt werden. Der Bundesaußenminister hat die Neuausrichtung ausdrücklich mit diesem Befund begründet.[1]

Das Kernproblem sind einseitige Abhängigkeiten: Bei einer Reihe von Rohstoffen konzentriert sich die Förderung oder – häufiger noch – die Verarbeitung auf ein einzelnes Lieferland. Fällt diese Quelle aus, gibt es kurzfristig keine Alternative. Die Europäische Union hat darauf mit dem Critical Raw Materials Act reagiert, der bis 2030 vorsieht, höchstens 65 Prozent des Bedarfs an einem strategischen Rohstoff aus einem einzigen Drittstaat zu beziehen.[17]

Die deutsche Rohstoffpolitik hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Die letzte Rohstoffstrategie der Bundesregierung stammt aus dem Jahr 2020 und wurde trotz der seitherigen Umbrüche nicht fortgeschrieben.[5,6] Die Industrie hat ihre Ungeduld deutlich gemacht: Der BDI warf der Bundesregierung 2026 vor, bei der Sicherung wichtiger Rohstoffe zu zögerlich zu handeln; es fehle eine klare Strategie.[10] Das Bündnis „Zukunft der Industrie“, in dem Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften zusammenarbeiten, fordert, dass Politik und Industrie gemeinsam ein zukunftsfähiges Modell zur Absicherung von Rohstofflieferketten entwickeln.[11]

2. Die Neuausrichtung der Bundesregierung

Nach den veröffentlichten Angaben ruht die Neuausrichtung auf drei Schwerpunkten.[1,2] Erstens sollen die vorhandenen Instrumente und Akteure – Auslandsvertretungen, Auslandshandelskammern, Rohstoffkompetenzzentren, GTAI, KfW, BGR und GIZ – enger verzahnt werden; im Ausland sollen zentrale Anlaufstellen für Rohstofffragen entstehen. Zweitens sollen Partnerschaften gezielter an den Bedarfen der deutschen Industrie ausgerichtet werden. Drittens soll die Wirtschaft stärker eingebunden werden, unter anderem durch transparentere Angebote und die politische Flankierung konkreter Abnahmeinteressen.

Die Bundesregierung unterscheidet dabei drei Ländergruppen: bestehende Schlüsselpartner, deren Zusammenarbeit vertieft werden soll – Australien, Brasilien, Chile, Kanada und Südafrika –, nicht näher benannte Potenzialländer, mit denen frühzeitig Partnerschaften aufgebaut werden sollen, sowie Abnehmerländer mit gleichem Diversifizierungsinteresse, mit denen gemeinsame Abnahmeverträge und Finanzierungen angestrebt werden.[1,3]

Flankiert wird die Neuausrichtung durch den Rohstofffonds als Teil des Deutschlandfonds. Er geht Minderheitsbeteiligungen von in der Regel 50 bis 150 Mio. Euro ein; geplant sind rund 15 Beteiligungen, zwei sind bisher erfolgt (Vulcan Energie und Arafura Rare Earths).[4,14] Der Fonds soll bis 2030 auf insgesamt 1,5 Mrd. Euro aufgestockt werden; die Aufstockung steht unter Haushaltsvorbehalt.[13] Hinzu kommen die Garantien für ungebundene Finanzkredite und das im Juni 2026 beschlossene Aktionsprogramm Kreislaufwirtschaft.[30] Parallel hat der Nationale Sicherheitsrat einen Aktionsplan Rohstoffe beauftragt, den die Bundesregierung wegen seiner sicherheitspolitischen Relevanz nicht veröffentlicht.[6]

3. Analyse

3.1 Reichweite: Außenpolitik ist noch keine Rohstoffpolitik

Der Titel der Neuausrichtung ist Programm. Die Rohstoffstrategie von 2020 ruhte auf drei Säulen – heimische Rohstoffe, Importe und Recycling.[5] Die Neuausrichtung adressiert vor allem die zweite. Heimische Rohstoffe, Recycling und Wertschöpfung werden zwar erwähnt – Bundeswirtschaftsministerin Reiche will heimische Potenziale besser nutzen und mehr Rohstoffe durch Recycling zurückgewinnen[2] –, mit Instrumenten, Zielen oder Budget unterlegt sind sie jedoch nicht. Für diesen Zuschnitt spricht, dass Außenpolitik angesichts der Importabhängigkeit der Hebel mit der schnellsten Wirkung ist und dass die Einbindung des Auswärtigen Amts die sicherheitspolitische Dimension des Themas angemessen abbildet.

Versorgungssicherheit entsteht jedoch entlang der gesamten Wertschöpfungskette, von der Mine über Aufbereitung und Raffination bis zum Recycling. Rohstoffe, die Deutschland im Ausland sichert, brauchen Verarbeitungskapazitäten in Europa oder in den Partnerländern; andernfalls verlagert sich die einseitige Abhängigkeit lediglich von der Förderung auf die Verarbeitung. Ob solche Kapazitäten entstehen, entscheidet sich an Energiepreisen, Genehmigungsdauern und Bergrecht – Fragen, zu denen eine Außenpolitik nichts sagt. Die relevanten Handlungsfelder sind derzeit auf mindestens sechs Prozesse verteilt: die Rohstoffaußenpolitik, das Aktionsprogramm Kreislaufwirtschaft, den Rohstofffonds, den eingestuften Aktionsplan, die angekündigte Wirtschaftssicherheitsstrategie und den europäischen Critical Raw Materials Act. Ein übergreifendes Dach, das Prioritäten setzt und Zielkonflikte auflöst, fehlt.

Hinzu kommt die Verhandlungsposition gegenüber Partnerländern. Diese erwarten Investitionen, verlässliche Abnahme und Wertschöpfung im eigenen Land. Glaubwürdig verhandeln kann nur, wer zu Hause zeigen kann, dass Abnahme und Weiterverarbeitung gesichert sind.

3.2 Die Länderauswahl

Nach Auskunft der Bundesregierung vom Februar 2026 unterhält Deutschland Rohstoffpartnerschaften oder -kooperationen mit neun Ländern: Kanada, Australien, Chile, Peru, Mongolei, Kasachstan, Ghana, Brasilien und Usbekistan.[8,9] In ihrer Antwort vom Mai 2026 nennt sie zusätzlich Indien (2025) und Québec (2026); mit Argentinien wird eine Absichtserklärung verhandelt.[7] Von den neun Ländern werden nun vier priorisiert, fünf treten in den Hintergrund. Hinzu kommen 16 strategische Rohstoffpartnerschaften der EU, die Deutschland unterstützt, darunter mit Namibia, Sambia, der DR Kongo, Ruanda, Kasachstan, Norwegen und der Ukraine. Südafrika wird als Schlüsselpartner geführt, obwohl nach Auskunft der Bundesregierung vom Februar 2026 keine formalisierte Partnerschaft besteht.[9]

Tabelle 1: Die fünf Schlüsselpartner der Neuausrichtung

Land	Bedeutung für die Industrie	Bewertung
Australien	Größter Lithiumförderer, Seltene Erden, Nickel, Kobalt, Mangan	Richtig gesetzt; wirksam nur mit Verarbeitungskomponente, starker internationaler Wettbewerb um Projekte
Kanada	Nickel, Kobalt, Graphit, Uran, Seltene-Erden-Projekte; CETA als Rahmen	Politisch idealer Partner; viele Projekte in frühem Stadium und kostenintensiv
Chile	Weltgrößter Kupfer-, zweitgrößter Lithiumproduzent	Unverzichtbar, vor allem für Kupfer; erwartet Wertschöpfung im eigenen Land
Brasilien	Niob, Graphit, große Reserven an Seltenen Erden, Lithium	Hohes, bisher kaum genutztes Potenzial; seit Mai 2026 vorläufig angewendetes EU-Mercosur-Abkommen als Rahmen[16]
Südafrika	Platinmetalle, Mangan, Chrom, Vanadium	Unverzichtbar, jedoch ohne formalisierte Partnerschaft und mit Energie- und Logistikproblemen

Die Auswahl setzt auf rohstoffreiche Partner mit Rechtssicherheit und politischer Verlässlichkeit. Sie deckt Lithium, Kupfer, Nickel, Platin, Mangan und Niob gut ab. Um genau diese Länder werben jedoch alle großen Industriestaaten, und Deutschland ist dort ein vergleichsweise kleiner Abnehmer.

Die eigentliche Prüffrage lautet, ob die Auswahl die kritischen Rohstoffe abdeckt, auf die die deutsche Industrie angewiesen ist. Die EU führt 34 kritische Rohstoffe, davon 17 als strategisch.[18] Die folgende Übersicht zeigt die für die Industrie wichtigsten, jeweils mit dem Anteil des wichtigsten Lieferlandes an der EU-Versorgung nach der Bewertung der EU-Kommission von 2023:[19]

Tabelle 2: Kritische Rohstoffe, Hauptlieferländer und Abdeckung durch die Schlüsselpartner

Rohstoff	Verwendung in der Industrie	Wichtigstes Lieferland (Anteil EU-Versorgung)	Durch die fünf Schlüsselpartner abgedeckt?
Seltene Erden, schwer	Permanentmagnete, E-Motoren, Windkraft, Verteidigung	China (100 %)	Förderung teilweise (Australien, Brasilien), Verarbeitung nein
Seltene Erden, leicht	Permanentmagnete, Katalysatoren	China (85 %)	Förderung teilweise, Verarbeitung nein
Bor	Glas, Dünger, Magnete	Türkei (99 %)	Nein
Magnesium	Leichtbau, Aluminiumlegierungen	China (97 %)	Nein
Niob	Hochfester Stahl, Superlegierungen	Brasilien (92 %)	Ja, aber selbst Ein-Land-Abhängigkeit
Lithium	Batterien	Chile (79 %)	Ja (Australien, Chile, Kanada)
Platin	Katalysatoren, Elektrolyse, Elektronik	Südafrika (71 %)	Ja, aber selbst Ein-Land-Abhängigkeit
Gallium	Halbleiter, Optoelektronik	China (71 %)	Nein
Phosphor	Chemie, Halbleiter, Lebensmittel	Kasachstan (71 %)	Nein
Bauxit	Aluminium	Guinea (63 %)	Teilweise (Australien, Brasilien)
Kobalt	Batterien, Superlegierungen	DR Kongo (63 %)	Kaum
Antimon	Flammschutz, Batterien, Munition	Türkei (63 %)	Nein
Germanium	Glasfaser, Infrarotoptik, Halbleiter	China (45 %)	Nein
Mangan	Stahl, Batterien	Südafrika (41 %)	Ja
Naturgraphit	Batterien, Feuerfestprodukte	China (40 %)	Teilweise (Kanada, Brasilien)
Nickel	Edelstahl, Batterien	Finnland (38 %)	Ja (Kanada, Australien)
Titan-Metall	Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik	Kasachstan (36 %)	Nein
Silizium-Metall	Halbleiter, Solar, Aluminiumlegierungen, Silikone	Norwegen (35 %)	Nein
Helium	Halbleiter, Medizintechnik	Katar (35 %)	Nein
Tantal	Elektronik, Kondensatoren	DR Kongo (35 %)	Nein
Flussspat	Fluorchemie, Stahl, Aluminium	Mexiko (33 %)	Nein
Wolfram	Hartmetall, Werkzeug- und Maschinenbau	China (32 %)	Kaum
Kokskohle	Stahl	Australien (25 %)	Ja

Quelle: Europäische Kommission, Bewertung kritischer Rohstoffe 2023.[19] Werte gerundet; andere EU-Darstellungen weisen teils leicht abweichende Anteile aus (Rat der EU: Bor 98 %).[18]

Die Übersicht führt zu drei Befunden. **Erstens** decken die fünf Schlüsselpartner vor allem Lithium, Platin, Mangan, Nickel, Niob und Kokskohle ab, darüber hinaus Kupfer, das in der Übersicht nicht aufgeführt ist – bei mehr als der Hälfte der aufgeführten Rohstoffe tragen sie dagegen wenig oder nichts bei.

Zweitens bestehen einseitige Abhängigkeiten nicht nur gegenüber geopolitischen Wettbewerbern, sondern auch gegenüber Partnern: bei Bor und Antimon gegenüber der Türkei, bei Niob gegenüber Brasilien, bei Lithium gegenüber Chile und bei Platin gegenüber Südafrika. Diversifizierung bedeutet deshalb auch, innerhalb des Partnerkreises breiter aufzustellen.

Drittens liegen die gravierendsten Lücken bei Rohstoffen, bei denen Förderung oder Verarbeitung auf ein einzelnes Lieferland konzentriert ist und Exportbeschränkungen bereits eingesetzt wurden – Seltene Erden, Magnesium, Gallium, Germanium, Antimon und Wolfram. Gerade hier ist der Mittelstand betroffen, vom Werkzeugbau über Gießereien und Leichtbau bis zu Antriebs- und Elektronikherstellern. Eurostat bestätigt für 2025, dass bei Magnesium, Ferroniob, Boraten, Gallium, Lithiumcarbonat und Ferrowolfram jeweils ein einziges Partnerland mehr als zwei Drittel der EU-Importe stellt.[20]

Fallbeispiel Aluminium

Bemerkenswert ist zudem, dass die Neuausrichtung zu keinem einzelnen Rohstoff Stellung nimmt – auch nicht zu Aluminium. Bauxit, Aluminiumoxid und Aluminium stehen seit 2023 auf der EU-Liste der kritischen und strategischen Rohstoffe.[17] Aluminium ist für Fahrzeugbau, Maschinen- und Anlagenbau, Elektrotechnik, Bau und Verteidigung unverzichtbar, und seine Versorgung weist gleich mehrere einseitige Abhängigkeiten auf.

Rund 93 Prozent der deutschen Bauxitimporte stammen nach Daten der BGR (Stand 2023) aus Guinea,[23] das zuletzt Eingriffe in seine Bauxitexporte erwogen hat. Beim Rohaluminium kamen 2025 nach Angaben der Deutschen Rohstoffagentur rund 17 Prozent der EU-Importe aus der Golfregion, vor allem aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain[22] – einer Region, deren Hütten und Lieferwege vom Iran-Krieg und der Sperrung der Straße von Hormus unmittelbar betroffen sind.[24,25] Weitere rund 9 Prozent kamen aus Mosambik, wo die Hütte Mozal die Produktion im März 2026 eingestellt hat.[22,27,28] In der EU selbst hat sich die Zahl der Aluminiumhütten seit 2002 mehr als halbiert. Deutschland verfügt nach Angaben der Branche über gut ein Drittel der Recyclingkapazität der EU;[21] zugleich exportierte die EU 2025 rund 1,3 Mio. Tonnen Aluminiumschrott und musste selbst Schrott importieren.[24] Guinea kommt in der Neuausrichtung nicht vor.

Fehlende Partner

Aus Sicht des Ausschusses wären mehrere Ergänzungen sinnvoll gewesen. Europäische Partner – Schweden, Finnland und Portugal in der EU sowie Norwegen im Europäischen Wirtschaftsraum – bieten Seltene Erden, Nickel, Kobalt und Lithium unter europäischem Recht, mit kurzen Wegen und ohne Seewegerisiko.

Die zentralasiatischen Partner Kasachstan, Usbekistan und die Mongolei verfügen über Wolfram, Seltene Erden und Kupfer; die bisherigen Partnerschaften haben kaum Projekte hervorgebracht,[12] verdienen aber einen Neustart statt eines stillen Abschieds.

In Afrika gehen die Potenziale weit über Südafrika hinaus, von Guinea, dem mit Abstand wichtigsten Bauxitlieferanten Deutschlands, bis zu den Batterierohstoffen im südlichen Afrika (siehe Abschnitt 3.5). In Lateinamerika sollte die laufende Verhandlung mit Argentinien als Teil des Lithium-Dreiecks zügig abgeschlossen werden;[7] Peru bietet sich als bestehender Kupferpartner an, dazu die Türkei mit ihren Borreserven und – im Kontext des Wiederaufbaus – die Ukraine mit Titan, Lithium und Graphit.

Japan und Südkorea schließlich wären die natürlichen Partner für gemeinsame Abnahme, Finanzierung und Verarbeitung; sie werden bislang nicht namentlich genannt.

Im Ergebnis ist die Länderauswahl sicher, aber nicht mutig. Eine bedarfsorientierte Rohstoffaußenpolitik müsste vom einzelnen kritischen Rohstoff her denken und für jeden mindestens zwei alternative Bezugsländer sowie einen zusätzlichen Verarbeitungsstandort benennen.

Nüchterner Umgang mit China

Zugleich plädiert der Ausschuss Rohstoffe im BWA für einen nüchternen Umgang mit China. Die Neuausrichtung erwähnt China mit keinem Wort[1,2] – obwohl China auf absehbare Zeit der wichtigste Verarbeiter vieler kritischer Rohstoffe und für zahlreiche mittelständische Unternehmen ein unverzichtbarer Lieferant und Absatzmarkt bleibt. Diversifizierung muss De-Risking bedeuten, nicht Entkopplung. Neben dem Aufbau alternativer Lieferketten braucht es deshalb einen pragmatischen Rohstoffdialog mit China – über verlässliche Exportgenehmigungsverfahren, Planbarkeit für Abnehmer und frühzeitige Information bei Lieferengpässen. Wer neue Partner gewinnt und zugleich mit dem wichtigsten Lieferland im Gespräch bleibt, verringert Abhängigkeiten, ohne neue Brüche zu erzeugen.

3.3 Instrumente und Mittelstand

Der Rohstofffonds ist ein wichtiger Fortschritt, weil der Bund erstmals mit Eigenkapital in risikoreiche, kapitalintensive Vorhaben gehen kann. Mit Tickets von 50 bis 150 Mio. Euro und rund 15 geplanten Beteiligungen ist er jedoch auf Großprojekte und Großabnehmer zugeschnitten.[4] Mittelständische Verarbeiter beziehen ihre Rohstoffe überwiegend über Händler und haben weder die Mengen noch die Bilanz für eigene langfristige Abnahmeverträge. Die angekündigte politische Flankierung „konkreter Abnahmeinteressen“ erreicht sie nur, wenn ihre Bedarfe gebündelt werden.

Auch die Frage der Bevorratung bleibt offen. Japan und Südkorea halten seit Jahrzehnten staatlich organisierte Reserven an kritischen Rohstoffen. Deutschland verfügt über keine vergleichbare Reserve, und die Neuausrichtung äußert sich dazu nicht – obwohl die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan RESourceEU vom Dezember 2025 ein Pilotvorhaben zur koordinierten Bevorratung kritischer Rohstoffe angestoßen hat.[15] Für kleinere Unternehmen, die keine eigenen Läger in strategischer Größe aufbauen können, wäre eine europäisch abgestimmte Reserve der wirksamste Schutz gegen Lieferunterbrechungen.

Die geplanten Anlaufstellen im Ausland sind dagegen genau das Instrument, das gerade kleinere Unternehmen brauchen – vorausgesetzt, sie erhalten Personal, ein klares Mandat und eine eindeutige Führung. Bislang sind Standorte, Zuständigkeiten und Zeitplan offen.

3.4 Transparenz und Steuerung

Eine Strategie, die nur als Pressemitteilung existiert, ist für Unternehmen schwer planbar und für das Parlament kaum kontrollierbar. Es fehlen messbare Ziele, etwa Diversifizierungsquoten je Rohstoff, ein Budget, ein Zeitplan und ein Berichtsmechanismus. Die Bundesregierung räumt zudem selbst ein, dass es keine formelle Auswertung der bisherigen Rohstoffpartnerschaften gibt.[7] Wer Partnerschaften priorisieren will, muss jedoch wissen, welche gewirkt haben und welche nicht. Dass sicherheitsrelevante Teile eingestuft bleiben, ist nachvollziehbar; eine öffentliche Fassung mit den wirtschaftsrelevanten Zielen sollte es dennoch geben.

Zur Steuerung gehört auch die Glaubwürdigkeit. Nach Angaben der Bundesregierung entfielen seit 2021 rund 60 Prozent der Exportkreditgarantien im Rohstoffbereich auf fossile Rohstoffe oder damit verbundene Infrastruktur.[7] Hohe Umwelt- und Sozialstandards sind im internationalen Wettbewerb ein Vorteil deutscher Partnerschaften – wenn sie konsequent gelten und für mittelständische Unternehmen praktikabel bleiben. Offen ist schließlich, wie nationale Instrumente mit dem Critical Raw Materials Act, dem Aktionsplan RESourceEU und der Global-Gateway-Initiative zusammenwirken sollen.[26]

3.5 Afrika und lokale Wertschöpfung

Afrika verfügt über große Reserven an Kobalt, Mangan, Platinmetallen, Graphit, Kupfer und zunehmend Lithium. Deutsche Vorhaben mit Rohstoffbezug laufen bereits in Mauretanien, Mosambik, Namibia, Sambia und Südafrika;[7] mit Namibia, Sambia, der DR Kongo und Ruanda bestehen zudem strategische Rohstoffpartnerschaften der EU, die Deutschland unterstützt.[9] Die Neuausrichtung erwähnt zwar die Unterstützung beim Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten, benennt aber außer Südafrika kein afrikanisches Land und keine Instrumente dafür.[3]

Afrikanische Regierungen wollen nicht länger nur Erz liefern, und mehrere Länder beschränken inzwischen den Export unverarbeiteter Rohstoffe. Darin liegt eine Chance für den deutschen Mittelstand, der genau das anbietet, was lokale Wertschöpfung erfordert: Aufbereitungs- und Bergbautechnik, Wasser- und Energielösungen, Umwelt- und Recyclingtechnik sowie duale Berufsbildung.

Der Ausschuss schlägt daher eine **„Rohstoffpartnerschaft plus“** vor: Deutschland bietet Partnerländern ein Paket aus Technologie, Ausbildung und Finanzierung für die Weiterverarbeitung vor Ort und erhält im Gegenzug verlässliche Abnahmeoptionen für verarbeitete Vorprodukte. Als Potenzialländer sollten mindestens Namibia, Sambia, Tansania, Ghana, Mosambik, Guinea und Marokko benannt und mit europäischen Korridorprojekten wie dem Lobito-Korridor verknüpft werden.

4. Deutschlands Rohstoff- und Bergbaukompetenz: der unterbewertete Hebel

In der Debatte über Rohstoffsicherheit erscheint Deutschland meist als reines Abnehmerland. Das greift zu kurz. Deutschland gehört zu den Ländern mit der längsten Bergbautradition der Welt – vom Erzgebirge und dem Harz über das Ruhrgebiet und die Saar bis zur Lausitz – und hat daraus eine Kompetenz entwickelt, die heute entlang der gesamten Wertschöpfungskette international gefragt ist. Aus Sicht des Ausschusses ist sie der wichtigste, bislang aber kaum genutzte Hebel einer deutschen Rohstoffaußenpolitik.

Wo die deutsche Kompetenz liegt

Forschung und Ausbildung. Mit der TU Bergakademie Freiberg, gegründet 1765 und damit die älteste noch bestehende montanwissenschaftliche Hochschule der Welt, der TU Clausthal und der RWTH Aachen verfügt Deutschland über international anerkannte Ausbildungsstätten für Bergbau, Aufbereitung und Metallurgie. Hinzu kommen außeruniversitäre Einrichtungen wie das Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie und mehrere Fraunhofer-Institute sowie mit der BGR und der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) eine geowissenschaftliche Beratungs- und Analysekompetenz, die viele Partnerländer in Anspruch nehmen. Die duale Berufsausbildung, etwa zum Aufbereitungs- oder Bergbautechnologen, ist ein Modell, das rohstoffreiche Länder gezielt nachfragen.

Bergbau- und Aufbereitungstechnik. Deutsche Maschinen- und Anlagenbauer, überwiegend mittelständisch geprägt und im VDMA organisiert, liefern Gewinnungs-, Förder- und Schachtbautechnik, Antriebe, Brecher und Aufbereitungsanlagen, Mess-, Prüf- und Sensortechnik sowie Automatisierung und Sicherheitstechnik. Viele dieser Unternehmen sind in ihren Nischen Weltmarktführer und in den großen Bergbauländern seit Jahrzehnten präsent.

Metallurgie, Verarbeitung und Recycling. Mit Kupferhütten, Spezialmetallverarbeitern, Herstellern von Hochleistungsmagneten und einer leistungsfähigen Recyclingwirtschaft verfügt Deutschland über Kompetenz genau in den Stufen, in denen heute die stärksten einseitigen Abhängigkeiten bestehen. Die Rückgewinnung von Metallen aus Elektronikschrott, Batterien und Industrieabfällen ist ein Feld, in dem deutsche Unternehmen technologisch führend sind.

Bergbaunachsorge und Umweltstandards. Mit der Rekultivierung der Braunkohlereviere und der Sanierung der Uranbergbau-Altlasten der Wismut hat Deutschland Erfahrungen gesammelt, über die

kaum ein anderes Land in diesem Umfang verfügt. Hinzu kommen ein ausgereiftes Bergrecht, erfahrene Bergbehörden und hohe Standards in Arbeitssicherheit und Umweltschutz. Für Partnerländer, die ihren Bergbau verantwortungsvoll entwickeln und internationale Investoren gewinnen wollen, ist genau dieses Wissen besonders wertvoll.

Die Schwäche: Kompetenz ohne eigene Bergbaukonzerne

Anders als Australien, Kanada oder Großbritannien hat Deutschland keine großen international tätigen Bergbaukonzerne mehr; Unternehmen wie K+S, das auch in Kanada fördert, sind die Ausnahme. Mit dem Ende des Steinkohlenbergbaus 2018 ist zudem ein großer Teil der heimischen Bergbaupraxis weggefallen. Die Kompetenz liegt heute verstreut bei Zulieferern, Hochschulen und Behörden – und droht zu erodieren, wenn Nachwuchs fehlt und heimische Projekte, etwa zur Lithiumgewinnung am Oberrhein oder zu Erzvorkommen im Erzgebirge, nicht vorankommen. Ohne eigene Rohstoffproduzenten fehlt Deutschland zudem der direkte Zugriff auf Fördermengen; es ist auf Abnahmeverträge und Beteiligungen angewiesen.

Was daraus folgt

Deutschland wird im Wettbewerb um Rohstoffe selten mit dem größten Kapital oder den größten Abnahmemengen antreten können. Seine Stärke liegt im Know-how. Eine wirksame Rohstoffaußenpolitik sollte dieses Know-how systematisch als Angebot an Partnerländer bündeln – in Form von Technologiepartnerschaften, Ausbildungs- und Forschungskooperationen, Unterstützung beim Aufbau von Bergbehörden und bei der Rekultivierung – und im Gegenzug Zugang zu Rohstoffen und verarbeiteten Vorprodukten sichern. Die vorgeschlagene „Rohstoffpartnerschaft plus“ baut genau darauf auf.

Der Ausschuss schlägt dazu eine **Initiative „Team Deutschland Rohstoffe“** vor: eine Plattform, die Bergbauzulieferer, Metallurgie- und Recyclingunternehmen, Hochschulen, BGR, DERA, Auslandshandelskammern und GIZ zusammenführt und gegenüber Partnerländern mit einem gemeinsamen Angebot auftritt – nach dem Vorbild bestehender Exportinitiativen etwa im Energiebereich. Zugleich muss die Kompetenz im Inland erhalten werden: durch die Unterstützung heimischer Rohstoffprojekte, die Stärkung der montanwissenschaftlichen Ausbildung und gezielte Nachwuchsprogramme. Der Ausschuss Rohstoffe im BWA versteht sich dabei als Brücke zwischen mittelständischen Anbietern und rohstoffreichen Partnerländern.

5. Handlungsempfehlungen

1. **Eine öffentliche Gesamtstrategie vorlegen.** Die Rohstoffaußenpolitik sollte bis Mitte 2027 in eine fortgeschriebene Rohstoffstrategie eingebettet werden, die Außenpolitik, heimische Förderung, Verarbeitung, Kreislaufwirtschaft und Bevorratung unter einer klaren Federführung bündelt. Sie braucht quantifizierte Ziele je kritischem Rohstoff, ein Budget, einen Zeitplan und einen jährlichen Bericht an den Bundestag, der auch die Wirkung bestehender Partnerschaften offenlegt.
2. **Die Länderliste vom Bedarf her erweitern.** Für jeden kritischen Rohstoff sollten mindestens zwei alternative Bezugsländer und ein zusätzlicher Verarbeitungsstandort benannt werden. Daraus ergibt sich die stärkere Einbeziehung europäischer Lagerstätten, ein Neustart mit den zentralasiatischen Partnern, die Benennung afrikanischer Potenzialländer und eine Partnerschaft mit Japan und Südkorea als Abnahme- und Verarbeitungspartner. Parallel sollte die Bundesregierung einen pragmatischen Rohstoffdialog mit China führen, der Diversifizierung als De-Risking ohne Entkopplung versteht.
3. **Die Weiterverarbeitung in den Mittelpunkt stellen.** Aufbereitung, Raffination, Trennung und Legierung sollten in Europa und in Partnerländern ausdrücklich Priorität erhalten – flankiert durch wettbewerbsfähige Energiepreise und schnellere Genehmigungsverfahren im Inland.

4. **Ein Mittelstandsfenster öffnen.** Der Rohstofffonds sollte eine Tranche für kleinere Beteiligungen ab etwa 5 bis 10 Mio. Euro vorsehen, auch über Ko-Investitionen mit privaten Fonds. Garantieinstrumente sollten für kleinere Volumina vereinfacht werden.
5. **Abnahmepools für KMU fördern.** Der Bund sollte die Bündelung mittelständischer Bedarfe in Einkaufsgemeinschaften unterstützen, die gemeinsam langfristige Abnahmeverträge schließen – national und über die 2026 gestartete Rohstoffplattform der EU, die Nachfrage bündelt und gemeinsame Beschaffung ermöglicht.[15]
6. **Eine strategische Reserve prüfen.** Deutschland sollte sich aktiv am Pilotvorhaben der EU zur koordinierten Bevorratung kritischer Rohstoffe beteiligen und ein Modell entwickeln, das im Krisenfall auch mittelständischen Abnehmern Zugang gewährt.
7. **Die Anlaufstellen zügig und mit klarer Führung aufbauen.** Die Anlaufstellen sollten an die Auslandshandelskammern andocken, eigenes Personal und ein klares Mandat erhalten. Ziel sollten fünf Standorte bis Ende 2027 sein, davon mindestens zwei in afrikanischen Potenzialländern, ergänzt um eine zentrale Kontaktstelle in Berlin mit festen Ansprechpartnern für KMU.
8. **Die Wirtschaft verbindlich beteiligen.** Die angekündigte engere Einbindung der Wirtschaft braucht ein festes Format. Ein Rohstoff-Wirtschaftsbeirat sollte neben der Großindustrie auch die mittelständischen Verbände, den Handel und die Recyclingwirtschaft umfassen. Der Ausschuss Rohstoffe im BWA steht dafür bereit.
9. **Die deutsche Rohstoffkompetenz bündeln und erhalten.** Die Bundesregierung sollte eine Initiative „Team Deutschland Rohstoffe“ anschieben, die Technologie-, Ausbildungs- und Rekultivierungskompetenz der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft als gemeinsames Angebot an Partnerländer bündelt. Im Inland sollten heimische Rohstoffprojekte und die montanwissenschaftliche Ausbildung gezielt gestärkt werden, damit diese Kompetenz nicht verloren geht.

6. Schlussfolgerung

Die Neuausrichtung der Rohstoffaußenpolitik ist ein überfälliger und richtiger Schritt. Sie bleibt aber ein Baustein, solange sie nicht in eine Gesamtstrategie eingebettet ist, die einseitige Abhängigkeiten entlang der ganzen Wertschöpfungskette adressiert, die Länderauswahl vom Bedarf der Industrie her begründet und den Mittelstand als tragende Säule der deutschen Wirtschaft einbezieht. Ob die Neuausrichtung trägt, wird sich daran zeigen, was in den kommenden zwölf Monaten für Unternehmen spürbar wird. Der Ausschuss Rohstoffe im BWA bietet der Bundesregierung den Dialog an und wird die Umsetzung eng begleiten.

Quellen

1 Gemeinsame Pressemitteilung BMWE, AA und BMZ, 11. November 2026. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2026/11/20261111-bundesregierung-rohstoffaussenpolitik.html
2 Bundesregierung: Rohstoffe für deutsche Wirtschaft sichern (Kabinett, 11. November 2026). https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/neue-rohstoffaussenpolitik-2460548
3 BMZ: Bundesregierung stellt die Rohstoffaußenpolitik neu auf. https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/rohstoffaussenpolitik-331436
4 BMWE: Der Rohstofffonds der Bundesregierung (Oktober 2026). https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2026/10/03-der-rohstofffonds-der-bundesregierung.html
5 BMWE: Rohstoffstrategie der Bundesregierung (2020). https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.html
6 Deutscher Bundestag, hib 437/2026: Aktionsplan zu Rohstoffpolitik unter Verschluss. https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1182778
7 Antwort der Bundesregierung, Drucksache 21/5977 (15. Mai 2026). https://dserver.bundestag.de/btd/21/059/2105977.pdf
8 Antwort der Bundesregierung, Drucksache 21/4072 (10. Februar 2026). https://dserver.bundestag.de/btd/21/040/2104072.pdf

9 Deutscher Bundestag, hib 115/2026: Aktueller Stand der Rohstoffpartnerschaften. https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1148928

10 RND: Industrie wirft Bundesregierung zu zögerliche Rohstoffpolitik vor (Wolfgang Niedermark, BDI). https://www.rnd.de/politik/lithium-kupfer-und-co-industrie-wirft-bundesregierung-zu-zoegerliche-rohstoffpolitik-vor-F7VSYWFMMNA6FG54XP3KWWXE4U.html

11 Bündnis Zukunft der Industrie / BDI: Wirtschaftssicherheit und Resilienz als Fundament einer zukunftsfähigen Industrie (26. November 2025). https://bdi.eu/de/publications/wirtschaftssicherheit-und-resilienz-als-fundament-einer-zukunftsfaehigen-industrie

12 Konrad-Adenauer-Stiftung: Das Ende der Rohstoffpartnerschafts-Illusion? (März 2026). https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/das-ende-der-rohstoffpartnerschafts-illusion-3

13 KfW: Pressemitteilung zum Deutschlandfonds und zur Aufstockung des Rohstofffonds, 15. Juli 2026. https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_901185.html

14 KfW: Rohstofffonds beteiligt sich an Arafura Rare Earths, 1. April 2026. https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_888512.html

15 IEA Policy Database: RESourceEU Action Plan. https://www.iea.org/policies/29510-resourceeu-action-plan

16 Bundesregierung: EU-MERCOSUR-Abkommen vorläufig in Kraft. https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/newsletter-verbraucherschutz/mercosur-auf-dem-weg-2398594

17 GTAI: Kritische und strategische Rohstoffe nach dem Critical Raw Materials Act. https://www.gtai.de/de/trade/eu/specials/kritische-und-strategische-rohstoffe-werden-priorisiert-1743502

18 Rat der EU: Kritische Rohstoffe (Infografik). https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/critical-raw-materials/

19 Europäische Kommission: Kritische Rohstoffe, Liste und Bewertung 2023. https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/raw-materials/areas-specific-interest/critical-raw-materials_en?prefLang=de

20 Eurostat: EU-Importe kritischer Rohstoffe 2025. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/SEPDF/cache/118506.pdf

21 Aluminium Deutschland (N. Nader): Rohstoffversorgung der Aluminiumindustrie in Deutschland, März 2026. https://www.technologieland-hessen.de/mm/%5C%5Cmm001/Nader_AD.pdf

22 DERA/BGR: Entwicklungen auf dem Markt für Aluminium, März 2026. https://www.technologieland-hessen.de/mm/%5C%5Cmm001/Aluminium_HTAI_Mrz_2026.pdf

23 DERA: Rohstoffwende Metalle – Lieferländer kritischer Metalle (BGR-Daten, 2023). https://vdw-ev.de/wp-content/uploads/2023/12/2023-10_11_Bookhagen_Rohstoffwende-Metalle.pdf

24 S&P Global: Primary aluminum supply crunch boosts scrap demand (Interview European Aluminium, Mai 2026). https://www.spglobal.com/energy/en/news-research/latest-news/metals/050726-interview-primary-aluminum-supply-crunch-boosts-scrap-demand-prices

25 European Aluminium: Brief an den Europäischen Rat, 19. März 2026. https://european-aluminium.eu/wp-content/uploads/2026/03/2026-03-19-European-Aluminium-Letter-to-EUCO.pdf

26 Europäischer Rechnungshof: Sonderbericht 04/2026 zu kritischen Rohstoffen. https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2026-04/SR-2026-04_EN.pdf

27 360mozambique: Mozal to Suspend Production from March 2026 Due to Power Supply Impasse. https://360mozambique.com/business/companies/mozal-to-suspend-production-from-march-2026-due-to-power-supply-impasse/

28 AllAfrica/AIM: South32 Recorded Costs of 117 Million Dollars As Result of Mozal Shutdown, 24. Juli 2026. https://allafrica.com/stories/202607240339.html

29 SWP-Studie: Der Konflikt um die Straße von Hormus (2026). https://www.swp-berlin.org/10.18449/2026S12/

30 BMUKN: Mehr Kreislaufwirtschaft stärkt Industrie und Umweltschutz in Deutschland, 3. Juni 2026. https://www.bundesumweltministerium.de/pressemitteilung/mehr-kreislaufwirtschaft-staerkt-industrie-und-umweltschutz-in-deutschland

Stand der Quellen: November 2026.